

Wohnungsnot wird immer größer

Mittlerweile sind einige Jahre vergangen, seit die Stadtvertretung auf Antrag der BALL beschlossen hatte, den Bau von bezahlbarem Wohnraum voranzubringen. Neben vereinzelt Überlegungen und vagen Absichtserklärungen gibt es bislang keine neuen Ergebnisse. Zwischenzeitlich eskaliert die Wohnungsnot. Die wenigen Wohnungen, die in Barmstedt auf dem Markt sind, sind extrem teuer: Mitte September war eine Genossenschaftswohnung mit einem Quadratmeterpreis von 7,52 Euro im Angebot, fünf Wohnungen lagen bei 10 Euro Kaltmiete und sechs Wohnungen zwischen 11,34 Euro und 15,90 Euro. Die Stadt muss versuchen mit den gemeinnützigen Wohnungs-



baugenossenschaften den Bau einer nennenswerten Zahl von Sozialwohnungen zu erreichen. Das in der Königsberger Straße brachliegende Wohnungsprojekt muss endlich weitergehen, auch, damit die Bauruinen-

landschaft mal zu einem Ende kommt. Darüber hinaus bleibt die BALL bei ihrer Forderung, dass die Stadt etwa 40 Wohnungen für einkommensschwächere Menschen selbst als kommunale Wohnungen bauen

kann, so wie es in der Feldstraße beispielhaft erfolgte. Der Deutsche Mieterbund (DMB) hat im August eine Zwischenbilanz zu den mietenpolitischen Maßnahmen der neuen Bundesregierung veröffentlicht. Darin fordert der DMB die Überarbeitung der Mietpreisbremse und begrüßt, dass im September die Bundesregierung endlich eine Expertengruppe eingesetzt hat, die Vorschläge zur Ahndung von Mietwucher und zur Sanktionierung von Verstößen gegen die Mietpreisbremse erarbeiten soll. „Allerdings sind diese ersten Schritte bei Weitem nicht ausreichend, um in der Mieten- und Wohnungspolitik eine nachhaltige Wende einzuleiten,“ erklärte der DBV.

Bauvorhaben „Hotel Stadt Hamburg“ BALL stimmt Weiterplanung zu

Seit vielen Jahren können die Barmstedter Bürgerinnen und Bürger der Ruine des Gebäudekomplexes unter anderem bestehend aus dem ehemaligen Rewe-Markt und dem früheren „Hotel Stadt Hamburg“ beim Verfall zuschauen. Alle bisherigen Bemühungen einen geeigneten Investor zu finden, der die am Marktplatz befindliche Immobilie so entwickelt, dass die politischen Gremien zustimmen konnten, scheiterten. Immerhin handelt es sich um ein zentrales Gebäude, welches das Gesicht der Stadt auf Jahrzehnte prägen wird.



dieser Stelle einen Neubau zu errichten, dessen Fassade deutlich an die des bestehenden Gebäudes erinnert. Ebenfalls soll links daneben ein Gebäude entstehen, welches mit einem Doppelgiebel gestaltet ist und somit die gewohnte Ansicht aufgreift. Der Unterschied zu allen vorherigen Planungen und Entwürfen ist aber nicht nur in der Gestaltung der Fassade zu sehen, sondern im zunächst überzeugenden Gesamtkonzept. Der Komplex soll eine von der Politik gewünschte Umfahrung zum Aldi- und Penny-Markt erhalten, wodurch sich die Verkehrssituation an den schwierigen Kreuzungen Marktstraße/Markt und Küsterkamp/Markt entschärfen könnte. Auch die Zufahrt zum Rewe-Parkplatz soll neu geregelt werden.

Wir erhoffen uns durch die Nutzung als Wohn- und Geschäftsgebäude mit gastronomischem Angebot eine weitere Belebung der Innenstadt.



Reimund Bauer
Mitglied im Bauausschuss

Nachdem die Fortführung der

Planungen eines überregionalen Bauunternehmens im letzten Jahr gescheitert waren, nahm sich ein Barmstedter Bürger des Geländes an und lieferte einen neu überarbeiteten Projektplan, dem unter anderem die BALL-Fraktion im ersten Schritt zustimmen konnte. Zwar kann das Gebäude „Hotel Stadt Hamburg“ nicht erhalten werden, aber der Entwurf sieht vor, an

Eigenanteil an Heimpflegekosten gestiegen Wer kann sich das noch leisten?

Immer mehr Menschen sind pflegebedürftig und wer den meist zu Hause gepflegt. Andere leben in Pflegeheimen. Bevor ein Umzug in ein Pflegeheim stattfinden kann, muss zunächst die Finanzierung geklärt werden. Einen Großteil der Heimkosten müssen Pflegebedürftige und ihre Familien zahlen. Die Anteile, die Heimbewohner selbst zahlen müssen, sind in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Die durchschnittlichen Pflegeheimkosten, die Pflegebedürftige laut Angaben des Verbandes der Ersatzkassen (vdek) zahlen müssen, stieg im Vergleich zum Vorjahr am 1. Juli 2025 im bundesweiten Schnitt von 2871 auf



3108 Euro im ersten Jahr des Heimaufenthalts. Wer einen anerkannten Pflegegrad hat, dem stehen Leistungen der Pflegekasse zu. Die tatsächlichen Kosten können aber stark variieren und hängen vom Bundesland, der Ausstattung des Heims und dem individuellen Pflegegrad ab. Die Höhe des Eigenanteils ist nicht konstant, sondern verringert sich über die Dauer des Aufenthalts durch einen Leistungszuschuss der Pflegekasse, der mit der Aufenthaltsdauer steigt.

Ein Teil der Pflegeheimkosten wird also übernommen, der Rest muss aus Rente, Ersparnissen oder gegebenenfalls vom Sozialamt bezahlt werden. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus den Kosten für Pflege, Unterkunft, Verpflegung und Investitionskosten. Alleine 507 Euro zahlen Pflegebedürftige für Investitionskosten. Dazu die VDK-Präsidentin Verena Bentele: „Wir fordern die Bundesländer auf, endlich ihrer gesetzlichen Verpflichtung zur Übernahme der Investitionskosten nachzukommen.“ Wenn ein Heim ausgebildet, fallen Ausbildungskosten an. Bis zu 134 Euro zahlen Bewohnerinnen und Bewohner dafür pro Monat, obwohl man die Finanzierung der Ausbildung durchaus als gesamtgesellschaftliche Aufgabe betrachten kann.

Wiedereinführung der Wehrpflicht?

5000 tote Soldaten pro Tag. Damit rechnet der Reservistenverband der Bundeswehr im Fall eines Kriegs gegen Russland. Dafür braucht es eine größere Bundeswehr. Dafür soll jetzt wieder die Wehrpflicht eingeführt werden. Und damit soll jetzt ernst gemacht werden.

Der Gesetzesentwurf zum „neuen Wehrdienst“ sieht vor, die Bundeswehr inkl. der Reservisten auf 460.000 Soldatinnen und Soldaten aufzustocken. Alle 18-Jährigen ab dem Jahrgang 2007 sollen künftig einen Brief mit einer Befragung bekommen. Männer müssen Angaben über die körperliche Verfasstheit und ihre Bereitschaft den Wehrdienst anzutreten machen. Ab 2027 soll es verpflichtende Musterungen geben. Wenn sich nicht genug Freiwillige melden, soll auch verpflichtend eingezogen werden, im Zweifel auch ältere Jahrgänge und auch Frauen. Damit der Widerstand in der

die Mehrheit der Jugendlichen die Wehrpflicht ab. Denn sie sind es, die ihre individuelle Lebensgestaltung einschränken sollen, um Befehle zu befolgen und um und ihr Leben zu riskieren. Laut der „Jugendtrendstudie 2025“ vom Institut für Generationenforschung sind **81 Prozent** derjenigen, die zwischen 1995 und 2010 geboren wurden, nicht bereit, für ihr Land zu sterben.



Institut für Generationenforschung
www.generation-thinking.de

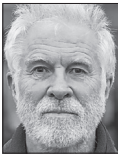
Für die maßlose Aufrüstung bezahlen wir alle. Unsere Schulen werden weiter verfallen, die Umwelt weiter zerstört. Für Schwimmbäder und Sportvereine ist kein Geld da, Brücken, Schienen und Infrastruktur werden weiter den Bach runtergehen – außer sie sind militärisch relevant.



Gesellschaft nicht zu groß wird, wird die Wehrpflicht Schritt für Schritt per Salami-Taktik eingeführt. Obwohl die Bundeswehr bezahlte Studiengänge und Ausbildungen anbietet und man beim Freiwilligen Wehrdienst schon jetzt mehr als dreimal so viel Geld bekommt wie beim Freiwilligen Sozialen Jahr, klagt die Bundeswehr über große Nachwuchsprobleme. Und von denen, die sich freiwillig melden, bricht mehr als jeder Vierte ab, Tendenz steigend. Kein Wunder: Sind doch bei der Bundeswehr militärischer Drill, Übergriffe und Gewalt an der Tagesordnung – im schlimmsten Fall gibt man sein Leben.

Die gesamte Gesellschaft soll „kriegstüchtig“ gemacht werden. Dafür werden jetzt verstärkt Jugendoffiziere an Schulen geschickt, auf YouTube und TikTok wird Krieg als Abenteuer vermarktet, die Präsenz der Bundeswehr im öffentlichen Raum durch Veteranentage und auf Volksfesten erhöht. Aber: Anders als in der Gesellschaft insgesamt lehnt

Die Bundesregierung hat im Bundeshaushalt eine massive Erhöhung der Ausgaben für die Bundeswehr - neben weiteren Schulden im sogenannten Sondervermögen - vorge schlagen; dieser Hochrüstungskurs wurde vom Bundestag beschlossen. Das bedeutet, dass in allen anderen Bereichen aufs Heftigste gekürzt wird. Mit dem Geld, das in die Rüstung gesteckt wird, wäre innerhalb kürzester Zeit die Wohnungsnot und das Mietenproblem erledigt. Wir könnten alle Schulen sanieren und kostenlose Kitas für alle finanzieren. Wir könnten alle Rentnerinnen und Rentner aus der Armut befreien, ein elternunabhängiges Bafög einführen und den ÖPNV kostenlos machen und ausbauen. Und wahrscheinlich ginge mit diesen Summen noch viel, viel mehr.



Helmut Welk
Kriegsdienstverweigerer